

Fragen

für die Fragestunde der 84. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Februar 2023

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	35	Mayer, Stephan (Altötting) (CDU/CSU)	28
Auernhammer, Artur (CDU/CSU)	3, 4	Müller, Florian (CDU/CSU)	27
Bär, Dorothee (CDU/CSU)	38	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	43, 44
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 39	Otte, Henning (CDU/CSU)	24
Bilger, Steffen (CDU/CSU)	2	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	8, 17
Brandner, Stephan (AfD)	15, 16	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	18, 19
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	36, 37	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	22, 23
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	14, 42	Renner, Martina (DIE LINKE.)	33, 34
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	45, 46	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	20, 21
Görke, Christian (DIE LINKE.)	29, 32	Schattner, Bernd (AfD)	5, 6
Hahn, Florian (CDU/CSU)	41	Schwarz, Armin (CDU/CSU)	40
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	25, 26	Spahn, Jens (CDU/CSU)	30, 31
Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	7	Stegemann, Albert (CDU/CSU)	1
Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	11, 12	Stumpp, Christina (CDU/CSU)	9
		Vogt, Oliver, Dr. (CDU/CSU)	13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	11
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

1. Abgeordneter
Albert Stegemann
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung einen eigenen Rechtstext zur Einführung einer verbindlichen Herkunftskennzeichnung vorlegen, mit der die Verbraucher bei Verarbeitungsware (wie Wurst und Grillwaren) sowie beim Verzehr in Restaurants und Kantinen die Herkunft des angebotenen, verarbeiteten Fleisches erkennen können?
2. Abgeordneter
Steffen Bilger
(CDU/CSU) Gibt es innerhalb der Bundesregierung wissenschaftliche Ausarbeitungen und Folgenabschätzungen über die Auswirkungen der EU-Pflanzenschutzmittelverordnung (sog. Sustainable Use Regulation) auf Deutschland, insbesondere welche konkreten Flächenkulissen in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern von den geplanten Einschränkungen betroffen wären?
3. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU) Welche Gebietskulisse favorisiert das Bundeslandwirtschaftsministerium für den EU-Entwurf zur weiteren Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln (SUR), nachdem der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir aufgrund zu befürchtender gravierender Folgen angekündigt wurde, sich für eine Entschärfung geplanter Kompletverbote von Pflanzenschutzmitteln durch den Entwurf aus Brüssel einzusetzen?
4. Abgeordneter
Artur Auernhammer
(CDU/CSU) Warum hat das Bundeslandwirtschaftsministerium die Folgenabschätzung zum EU-Entwurf zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln (SUR) bis zuletzt abgelehnt, obwohl schon ohne Folgenabschätzung seine massiven Folgen, wie z. B. für den deutschen Weinbau, klar waren und es sich damit eigentlich aufdrängt, die Folgen eines so weitreichenden Gesetzesvorhabens doch nochmal ganz genau anzuschauen, um Reduktionsziele von Pflanzenschutzmitteln bestmöglich, also wissenschaftsbasiert und praxistauglich, auf den Weg bringen zu können?
5. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Ist nach Meinung der Bundesregierung bei Tierwohlstallbauten eine Förderobergrenze von 600.000 Euro/Betrieb ökonomisch für den Landwirt vertretbar (www.dgs-magazin.de/top-themen/aviaere-influenza/article-7377070-177070/bmel-1egt-eckpunkte-des-bundesprogramms-zum-umba-u-der-tierhaltung-vor-.html)?

6. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Begrüßt die Bundesregierung die Zulassung von Heuschrecken, Schimmelkäfern, Würmern und Grillen als Lebensmittel, und wenn ja, ersetzen die Insekten bald das Rind- oder Schweinefleisch (www.dgs-magazin.de/top-themen/aviaere-infuenza/article-7377070-177070/bmel-legt-eckpunkte-des-bundesprogramms-zum-umbau-der-tierhaltung-vor-.html)?
7. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Plant das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, die kürzlich erfolgte Freigabe durch die EU weiterer Insektenarten als Nahrungsbestandteile durch Informationskampagnen und Maßnahmen zum Verbraucherschutz zu begleiten, und falls ja, mit welchen (bitte konkrete Angaben), falls nein, warum nicht?
8. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wird der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft im Lichte etwaiger Diskussionen bei der vergangenen Agrarministerkonferenz an dem Vorstoß festhalten, auf eine Änderung von Richtlinien zum Strafverfahren im Bereich des sogenannten Containerns hinzuwirken (vgl. www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/02-containern.html und www.rbb24.de/politik/beitrag/2023/01/jarasch-kreck-legalisierung-lebensmittel-rettung-berlin.html, jeweils zuletzt abgerufen am 30. Januar 2023)?
9. Abgeordnete
Christina Stumpp
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, dass die Bundesregierung – obwohl sie sich die Verringerung der Lebensmittelverschwendung als Ziel gesetzt hat und die Tafeln dringend auf Lebensmittelspenden angewiesen sind – einen Haftungsausschluss oder eine Haftungsreduktion für die kostenlose Weitergabe von Lebensmitteln nicht plant, sondern den Prüfauftrag im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP nur dahingehend interpretiert, Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbraucher über den europäischen Rechtsrahmen für Lebensmittelspenden aufzuklären?
10. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die Verschwendung von Lebensmitteln in Zukunft zu sanktionieren, und wenn ja, wie?

11. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Um wie viel Prozent wird, nach Kenntnis der Bundesregierung, der geplante Ausbau des Ökolandbaus, die Nationale Moorschutzstrategie sowie die Umsetzung des Green Deals die Agrarproduktion senken, und welche zusätzliche Ausdehnung der Agrarflächen in anderen Teilen der Welt wären notwendig, um diese Absenkung zu kompensieren (www.proplanta.de/agrar-nachrichten/umwelt/ausweitung-des-oekolandbaus-steigert-treibhausgasemissionen-green-deal-nur-eine-maer_article1673775940.html)?
12. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welcher Anteil der gesamten Fördersummen für Initiativen zugunsten des Biolandbaus, wie zum Beispiel dem Bundesprogramm Ökologischer Landbau, der Zukunftsstrategie ökologischer Landbau, BioBitte – Initiative für mehr Bio in öffentlichen Küchen usw., wurden oder wird nach Kenntnis der Bundesregierung Akteuren zugewiesen, die das okkult-magische Weltbild der Anthroposophie öffentlich unterstützen und anthroposophische Praktiken im Ökolandbau anwenden (www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Bio-Szene-gespalten-Zwischen-Corona-Leugnung-und-Wissenschaft,bioszene100.html, <https://anthroposophie.blog/2015/03/30/wer-macht-politik-fuer-anthroposophen-die/>)?
13. Abgeordneter
Dr. Oliver Vogt
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Aussage des Bundesministers Cem Özdemir zum Einsatz neuer Züchtungsmethoden in der Landwirtschaft vom 17. Januar 2023 („Persönlich schaue ich es mir an, informiere mich und bilde mir meine Meinung“, www.euractiv.de/section/landwirtschaft-und-ernahrung/news/gruenen-minister-unschluessig-ueber-gentechnik-liberalisierung/) mittlerweile eine Meinung zu diesem Einsatz gebildet, und wenn ja, welche, und wenn nein, warum nicht?

14. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In welchem Umfang wurde jeweils in den Jahren 2020, 2021 und 2022 nach Kenntnis der Bundesregierung das Futtermittel Fischmehl (Warencode 2301200000) mit Warenursprung in den zwölf Betrieben gemäß EU-Liste „Morocco Processing plants“ (ABP-FSB)“ mit den EU-Zulassungsnummern a) 2223 COPELIT S.A.R.L., Laâyoune, b) 2258 KB FISH, Laâyoune, c) 2471 LAAYOUNE ELEVAGE, Laâyoune, d) 2727 SOMATRAPS S.A.R.L. Laâyoune, e) 2830 SOTRAGEL S.A.R.L., Laâyoune, f) 2854 LAAYOUNE ROTAINES SARL, Laâyoune, g) 3349 ALPHA ATLANTIQUE DE SAHARA MAROCAIN, Laâyoune, h) 3618 DELTA OCEAN, Laâyoune, i) 5642 SEPOMER SAHARA, Laâyoune, j) PSP.71.0140.17 ATLANTIC TANK TERMINAL, Laâyoune, k) PSP.74.0180.18 PROTEIN AND OIL INDUSTRY, Dakhla, und l) PSP74.0332.22 CPD Farine, Dakhla (seit 13. Juni 2022) insgesamt nach Deutschland importiert, und in welchem Umfang wurde nach Kenntnis der Bundesregierung die Ware dabei in den jeweiligen Jahren über die Grenzkontrollstelle Bremen eingeführt (vgl. Bundestagsdrucksache 19/18770, S. 77)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

15. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie hoch war zum 31. Dezember 2022 nach Kenntnis des Bundesministers für Gesundheit die Anzahl gemeldeter Verdachtsfälle von Nebenwirkungen, die im Anschluss an eine Impfung mit einem der zugelassenen COVID-19-Impfstoffe aufgetreten ist?
16. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele COVID-19-Impfstoffdosen, die von Deutschland erworben wurden, wurden nach Kenntnis des Bundesgesundheitsministers seit dem 1. Januar 2021 jeweils vernichtet oder wurden ans Ausland verschenkt (bitte getrennt für die Jahre 2021 und 2022 auflisten)?

17. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- In welcher kostenmäßigen Höhe wurden bisher externe Beratungs- bzw. Begutachtungsdienstleistungen durch den Bundesgesundheitsminister mit Bezug zum aktuell in Rede stehenden Gesetzentwurf zur Cannabis-Legalisierung insgesamt in Anspruch genommen (vgl. www.aerzteblatt.de/nachrichten/140304/Gutachten-zur-Cannabislegalisierung-vergeben?utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter, www.rnd.de/politik/legalisierung-von-cannabis-lauterbach-vergibt-gutachten-union-ist-empfoert-voellig-nutzlos-2NXESCB6ARHWZGXK7R6OLCOYHQ.html, jeweils zuletzt abgerufen am 30. Januar 2023)?
18. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Auf Basis welcher konkreter Fakten erklärt die Bundesregierung in Person des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach das zum 1. März 2022 in Kraft getretene, am 16. Januar 2020 vom Deutschen Bundestag mehrheitlich beschlossene Gesetz zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft bei der Organspende für „gescheitert“ (vgl. Die Welt vom 25. Januar 2023: „Gesetz zur Organspende kaum umgesetzt“), und welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung auf exekutiver Ebene, um die für die Implementierung des Gesetzes notwendigen Voraussetzungen zu schaffen (bitte unter Angabe des Zeitpunkts antworten)?
19. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Steht die Bundesregierung weiterhin zu der im November 2022 öffentlich gemachten Aussage des Bundesministers für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach: „Kein Krankenhaus wird ein Problem bekommen, weil es Inflation nicht bezahlen kann, den Strom nicht bezahlen kann oder das Gas nicht bezahlen kann“ (siehe u. a. www.focus.de/politik/lauterbach-kuendigt-milliardenhilfe-fuer-krankenhaeuser-an_id_175110600.html), und welche Maßnahmen will die Bundesregierung kurzfristig ergreifen, um Krankenhäusern, die wegen der Verschiebung des Referenzzeitraums als Teil der Rahmenbedingungen der Zuwendungen durch den Härtefallfonds für Krankenhäuser in der ersten Tranche der Auszahlungen nun doch nicht berücksichtigt werden können und deren existenzielle Ängste sich so noch einmal verschärft haben, wie mir von verschiedenen betroffenen Krankenhäusern herangetragen worden ist, die dringend notwendigen Hilfszahlungen doch noch zukommen zu lassen?

20. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Liegt der Bundesregierung eine Evaluation der Reform der Pflegeberufe hinsichtlich der Situation am Arbeitsmarkt und der Umsetzung durch die Pflegeeinrichtungen vor, und welche Erkenntnisse liefert diese?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

21. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Wie ist der aktuelle Stand des Breitbandausbaus (weiße und graue Flecken) im Freistaat Sachsen, und wie viele Projekte entfallen auf den Freistaat Sachsen (bitte aufschlüsseln nach bewilligten Projekten, nach Projekten in der Umsetzung und nach Projekten, die bereits fertig realisiert sind und bitte das Gesamtvolumen benennen)?
22. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem Lückenschluss der Bundesautobahn (BAB) 61 mit der Autobahn (A) 73 in den Niederlanden die Verkehrssituation und die seit dem Lückenschluss erfolgten Unfälle mit Lkw-Beteiligung auf der BAB 61 ab der Landesgrenze zu den Niederlanden bis zu den aktuell bestehenden zeitlich begrenzten Lkw-Überholverböten (AS Süchteln und AS Mackenstein)?
23. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Verbesserungen zum Unfallschutz und zur Verringerung von Abgasemissionen durch ein mindestens zeitlich begrenztes Lkw-Überholverbot auf der BAB 61 ab der Landesgrenze zu den Niederlanden bis zu den aktuell bestehenden zeitlich begrenzten Lkw-Überholverböten (AS Süchteln und AS Mackenstein)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

24. Abgeordneter
Henning Otte
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten regional differenzierten Bestandsmanagements für die Wölfe, den Wolf in das Bundesjagdgesetz als jagdbare Art aufzunehmen, und wenn nein, wie und ab wann will die Bundesregierung bestandsregulierend in regionale Überbestände wie in Nordostniedersachsen eingreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

25. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche detaillierten Informationen kann die Bundesregierung über die geplanten Vorhaben, die aus den durch die Bundesministerin Svenja Schulze bei ihrer Reise im Januar 2023 nach Brasilien angekündigten 200 Mio. Euro finanziert werden sollen, insbesondere bezüglich des Fundo Floresta, mitteilen, und ist eine Unterstützung für indigene Völker und die Sicherung ihrer Territorien vorgesehen (www.tagesschau.de/ausland/amerika/waldschutz-brasilien-200-millionen-101.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Was ist der Bundesregierung über die Auswirkungen der stark gestiegenen Weltmarktpreise für Flüssigerdgas (LNG) auf andere Staaten außerhalb Europas und Nordamerikas, wie unter anderem Bangladesch und Pakistan, deren Gasimporte im Jahr 2022 um fast 20 Prozent eingebrochen sind und die mit einer Energiekrise inklusive Stromausfällen konfrontiert sind, bekannt, und ist es zutreffend, dass Europa und Deutschland, wie Vizekanzler Dr. Robert Habeck im Interview mit „ZDFzoom“ einräumte, ihre Not bzw. ihren drohenden Energiemangel im Sommer 2022 auch zu Lasten von anderen Ländern gelindert haben (www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/pakistan-lng-folgen-erdgas-preise-100.html)?

27. Abgeordneter
Florian Müller
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, die vom Ukraine-Krieg und von entsprechenden Sanktionen betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen über die Fördermittel aus dem KfW-Sonderprogramm UBR 2022 hinaus zu unterstützen, wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
28. Abgeordneter
Stephan Mayer
(Altötting)
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Gefahr einer deutlich steigenden Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von Produzenten von Fluorpolymeren in den USA und China vor dem Hintergrund der Entscheidung des US-amerikanischen Konzerns 3M vom Dienstag, dem 20. Dezember 2022 (www.pnp.de/lokales/landkreis-altoetting/au-ssstieg-aus-pfas-welche-auswirkungen-hat-das-auf-den-chemiepark-gendorf-10224957), den Betrieb der Firma Dyneon GmbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft des 3M-Konzerns und mit Abstand die größte Produzentin von Fluorpolymeren in der Europäischen Union, bis spätestens Ende 2025 einzustellen?
29. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass es beihilferechtliche Vorbehalte seitens der Europäischen Union bezüglich der Investitionen des Bundes in die Pipeline von Rostock nach Schwedt, die sich in privater Hand befindet, gibt, und wie begründet die Bundesregierung ihre rechtliche Auffassung von diesen Vorbehalten (www.nordkurier.de/mecklenburg-vorpommern/scheitert-oelpipeline-von-rostock-nach-schwedt-an-der-eu-0251231002.html)?
30. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Mit welchen Ausgaben (u. a. aus Mitteln des Wirtschaftsstabilisierungsfonds) im Rahmen der Energie-Entlastungsprogramme (Strom- und Gaspreisbremsen, Härtefallfonds, Beteiligungserwerbe etc.) rechnet die Bundesregierung angesichts der aktuellen Preisentwicklung am Energiemarkt für das Jahr 2023?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

31. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Von wie vielen Oligarchen und in welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Kriegsbeginn in der Ukraine Vermögen in Deutschland beschlagnahmt?

32. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Abgabequote der Grundsteuererklärungen bei Bundesliegenschaften am Ende der regulären Frist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

33. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Mit welchem Etat waren die Bildungsprogramme gegen Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung in den Jahren seit 2018 ausgestattet (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Personen sind seit 2018 über das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus des Bundesamtes für Verfassungsschutz ausgestiegen, und wie viel betrug der jährliche Etat in diesem Zeitraum (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
35. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wann möchte die Bundesregierung im Sinne des Koalitionsvertrages zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP initiativ werden, um ein Partizipationsgesetz vorzulegen, womit die Partizipation der Einwanderungsgesellschaft gestärkt werden soll, und wann wird das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) novelliert, um, wie ebenfalls im Koalitionsvertrag angekündigt, Schutzlücken zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten?

36. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie ist die in den letzten Jahren von mehr als 90 Prozent im Jahr 2017 auf knapp 49 Prozent im Jahr 2022 deutlich gesunkene Schutzquote des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) für êzîdische Geflüchtete aus dem Irak (vgl. Bundestagsdrucksache 19/7538 sowie die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 44 auf Bundestagsdrucksache 20/5426) mit dem einstimmigen Beschluss des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 2023 über die Annahme eines Antrags der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu Anerkennung und Gedenken an den Völkermord an den Êzîdinnen und Êzîden 2014 vereinbar, in dem auf die Unmöglichkeit einer sicheren Rückkehr angesichts einer „hoch volatilen Sicherheitslage“ für êzîdische Geflüchtete hingewiesen und die Bundesregierung aufgefordert wird, „Êzîdinnen und Êzîden weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren“ (vgl. Bundestagsdrucksache 20/5228), und wird sich die Bundesregierung gegenüber den Bundesländern für eine Bleiberechtsregelung für êzîdische Geflüchtete einsetzen, wie von der jüdischen Gemeinde in Thüringen mit Blick auf den prekären Aufenthaltsstatus der meisten dort lebenden Êzîdinnen und Êzîden in einem Brief an die Bundesregierung gefordert (www.thueringer-allgemeine.de/politik/juedischelandesgemeinde-in-thueringen-fordert-bleiberecht-fuer-gefluechtete-jesiden-id237461479.html)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

37. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben zur Zahl der im Jahr 2022 erteilten Visa zum Familiennachzug liegen der Bundesregierung vor (bitte nach Nachzug zu Flüchtlingen, subsidiär Geschützten und sonstigem Familiennachzug sowie nach den fünf wichtigsten Asyl-Herkunftsländern differenzieren), und wie lange war zuletzt die Wartezeit für einen Termin zur Beantragung eines Visums zum Familiennachzug in den fünf Drittstaaten, in denen Terminwartelisten geführt werden und in denen die Wartezeit am längsten ist?

38. Abgeordnete
Dorothee Bär
(CDU/CSU)
- Was hat die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Luise Amtsberg, nach meinem unbeantworteten Schreiben vom 23. Dezember 2022 bisher für den im Iran inhaftierten Makan Davari unternommen, und warum wurde mein Schreiben bislang nicht beantwortet bzw. wann gedenkt die Beauftragte, eine Antwort zu geben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

39. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Will die Bundesregierung die Mieterinnen und Mieter mit Indexmietverträgen von derzeit im Bundesgebiet 30 Prozent und in Metropolen wie Berlin ca. 70 Prozent der neu abgeschlossenen Mietverträge ohne gesetzliche Mietzinsgrenze (www.rnd.de/wirtschaft/mietvertraege-an-inflation-gekoppelt-mieter-und-mieterinnen-suchen-verstaerkt-hilfe-wegen-JPZ5E6AQB72WUFYVFXSQBELMWU.html), die zum Teil nicht wissen, wie sie die Miete zahlen können, vor steigenden Mieten schützen, und wenn ja, wie?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

40. Abgeordneter
Armin Schwarz
(CDU/CSU)
- Warum benötigt die Bundesregierung einen derart langen Zeitraum zur Prüfung der Weiterentwicklung des Waffensystems Tiger oder für eine Neubeschaffung eines Nachfolgers vor dem Hintergrund der vergleichsweise geringen Einsatzbereitschaft des Tigers und derzeitigen Entscheidungen von Frankreich, Spanien und Polen im Bereich Kampfhubschrauber, und welche Auswirkungen hat das auf den folgenden Beschaffungszeitraum im Kontext des Customer-Product-Management-Prozesses (www.flugrevue.de/fortdauernde-probleme-nur-neun-tiger-einsatzbereit/; <https://esut.de/2023/01/fachbeitraege/39160/kampfhubschrauber-s-tiger-entscheidung-zum-upgrade-gefallen/>)?

41. Abgeordneter
Florian Hahn
(CDU/CSU)
- Welche Kriterien hat das Bundesministerium der Verteidigung für eine sofortige Beendigung des Mali-Einsatzes bzw. welche Bedingungen ergeben sich für eine eventuelle Fortführung des Engagements bei der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen MINUSMA über den 31. Mai 2023 hinaus?
42. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass mit von Deutschland an die Ukraine gelieferten Waffensystemen (Haubitzen, Artilleriegeschützen und Raketenwerfern) Streumunition verschossen wird, und hat die Bundesregierung entsprechende Auflagen bezüglich der Verwendung von Streumunitionsmitteln der von Deutschland an die Ukraine gelieferten Waffensysteme erteilt vor dem Hintergrund, dass die Ukraine im Gegensatz zu Deutschland das Übereinkommen über Streumunition (sog. Oslo-Übereinkommen) zum Verbot des Einsatzes, der Entwicklung, der Herstellung, des Erwerbs, der Lagerung, der Zurückbehaltung und der Weitergabe von Streumunition weder unterzeichnet noch ratifiziert hat (www.clusterconvention.org/states-parties/)?
43. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, dass sie – auch nicht im Verbund mit anderen NATO-Mitgliedstaaten – Truppen in die Ukraine entsendet, und wo liegt die rote Linie bei der Abgabe von Waffen/Waffensystemen an die Ukraine (bitte aufschlüsseln nach Waffen/Waffensystemen und Fähigkeiten dieser)?
44. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- In welchen Ländern werden ukrainische Soldaten bereits an Kampffjets ausgebildet (www.focus.de/politik/ausland/experte-haelt-flugzeug-lieferungen-fuer-wahrscheinlich-die-ausbildung-an-kampffjets-fuer-ukrainer-hat-bereits-begonnen_id_184183770.html); bitte alle Länder auflisten und Modelle, an denen die Ausbildung durchgeführt wird, angeben), und seit wann wird die Ausbildung an Kampffjets jeweils durchgeführt?

45. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Auf die Realisierung welcher im Sondervermögen Bundeswehr vorgesehenen wehrtechnischen Beschaffungsvorhaben will die Bundesregierung aufgrund des gestiegenen Vorhalts für Zinsausgaben von bisher 8 Mrd. Euro auf nunmehr 13 Mrd. Euro (www.hartpunkt.de/zinslasten-legen-weiter-zu/) und der dadurch entstehenden Notwendigkeit der Einsparung von 5 Mrd. Euro im Bereich der geplanten wehrtechnischen Beschaffungsvorhaben verzichten (bitte projektscharfe Auflistung der zur Streichung bzw. der ggf. zur Umsetzung in Teil II der Geheimen Erläuterungen zum Sondervermögen Bundeswehr vorgesehenen wehrtechnischen Beschaffungsvorhaben vornehmen)?
46. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass eine Beantwortung meiner Schriftlichen Frage 86 auf Bundestagsdrucksache 20/5426 nicht möglich sei, obgleich die Bundesregierung bei der hinsichtlich des Frageinhalts vergleichbaren Schriftlichen Frage 91 der Abgeordneten Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf Bundestagsdrucksache 19/32490 keinerlei Einschränkungen bei der Beantwortung ins Feld geführt hat und aus meiner Sicht ein berechtigtes Informationsinteresse dahingehend gegeben ist, dass die Frage 86 auf Bundestagsdrucksache 20/5426 herausgehobene Positionen im Leitungsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung betrifft?

